

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
26. Oktober 2011
- 3 überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr 2011 für die
Transparenzkommission
Vorlage: 11/SVV/0842
Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Bericht des Bereiches Wirtschaftsförderung
 - 4.2 Sachstandsbericht bezüglich der russisch-orthodoxen Kirche
vierwöchige Berichterstattung
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26. Oktober 2011

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung trägt er vor, dass er unter einem neuen Tagesordnungspunkt eine Erklärung zur **Zukunft der Vertretung der Verwaltungsspitze in den städtischen Beteiligungen** abgeben wolle.
Darüber hinaus gebe es einen Antrag der Fraktion SPD, den Hauptausschuss

über eine Angelegenheit von besonderer Bedeutung nach § 97 Abs. 7 BbgKVerf; hier Auswahlgremium für den neuen EWP Geschäftsführer (Information durch den Gesellschaftervertreter) zu informieren. Dies begründe sich darin, dass gemäß § 97 Abs. 7 BbgKVerf der Hauptausschuss von den Vertretern der Gemeinde **in rechtlich selbstständigen Unternehmen** jederzeit Auskunft verlangen kann. Vertreter der Gemeinde haben die Gemeindevertretung über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Diese Unterrichtungspflicht und das Auskunftsrecht bestehen nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung und auch der Hauptausschuss sich in mehreren öffentlichen Sitzungen mit Vorgaben für die Neubesetzung des Geschäftsführerpostens in der Energie- und Wasser GmbH beschäftigt haben, sollten die Stadtverordneten darüber informiert werden, durch welche Personen diese Vorgaben umgesetzt werden.

Herr Schubert schlägt in diesem Zusammenhang vor, den Tagesordnungspunkt 7.2 - Verfahren zur Besetzung der Geschäftsführer SWP und EWP – aus dem nicht öffentlichen ebenso öffentlich zu behandeln, soweit es sich nicht um Informationen handele, die nur nicht öffentlich gegeben werden könnten.

Im Weiteren, so der Oberbürgermeister, werde er über das Verfahren zur angekündigten **Beschlussvorlage** bezüglich des **Schwimmbades** informieren.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 59. Sitzung des Hauptausschusses vom 26. Oktober 2011 bittet Herr Schüler, unter dem Tagesordnungspunkt 14.1 - Alternativfinanzierung für soziale Projekte aus dem Programm "Soziale Stadt", Vorlage: 11/SVV/0614 – auch die **Zusage** auf seine Bitte bezüglich einer aktuellen Übersicht der Einzelprojekte und Fördersummen aufzunehmen.

Herr Schultheiß bezieht seine Nachfrage auf den Tagesordnungspunkt 4 – **Tierheim** – und den Satz: „In diesem Zusammenhang sollte auch die Verknüpfung mit einem Jugendprojekt geprüft werden, da gerade dieser Teil immer wieder zu erheblichen Diskussionen geführt habe.“ Er meine, die Aussage des Oberbürgermeisters so verstanden zu haben, dass diese Verknüpfung „vom Tisch“ sei. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es nicht zwangsläufig zu einer „Verquickung“ von Tierheim und Jugendobjekt kommen müsse, aber beide Seiten betrachtet werden sollten. Frau Müller-Preinesberger verweist auf den Auftrag an die Verwaltung, der sich nur darauf beziehe ein Grundstück zum Kauf oder zur Erbbaupacht anzubieten.

Frau B. Müller verweist auf ihre zum Tagesordnungspunkt 13 - Touristischer Marketingplan 2012, DS 11/SVV/0805 geäußerte Bitte, zukünftig die Verwendung städtischer Mittel in tabellarischer Form aufzulisten. Dieser zu folgen sei ebenfalls zugesagt worden.

Der Oberbürgermeister stellt die Niederschrift mit den vorgetragenen Ergänzungen und Hinweisen zur Abstimmung; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr 2011 für die Transparenzkommission

Vorlage: 11/SVV/0842

Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

Herr Erdmann bringt die Vorlage ein und erläutert die Ursachen für die nun

notwendigen Mehraufwendungen.

Anschließend betont Herr Rose, dass hier Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis stünden und es ihm „schlichtweg rätselhaft“ sei, warum im Vorfeld keine Kostenvoranschläge eingeholt wurden.

Herr Dr. Scharfenberg bedauert den Ablauf bezüglich der Transparenzkommission und insbesondere die nicht transparent dargestellten Kosten. Aus diesem Grunde werde er sich der Stimme enthalten.

Der Hauptausschuss beschließt:

Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung / Auszahlung in dem Produkt 1114500 „Rechnungsprüfung“ in einer Höhe von 190.000,00 EUR im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 9

neu Erklärung des Oberbürgermeisters zur Zukunft der Vertretung der Verwaltungsspitze in den städtischen Beteiligungen
Oberbürgermeister

Zu diesem Tagesordnungspunkt trägt der Oberbürgermeister folgende Erklärung vor, die anschließend allen Mitgliedern des Hauptausschusses in schriftlicher Form übergeben wird:

„Wie Sie wissen, tagt die Transparenzkommission nur noch zwei Mal. Ich möchte daher die Gelegenheit heute nutzen, zur Zukunft der Vertretung der Verwaltungsspitze in den städtischen Beteiligungen Entscheidungen meinerseits bekannt zu geben. Ich denke, der Hauptausschuss ist dazu das richtige Forum. Die Transparenzkommission kann dann mit diesem Wissen ihre Arbeit zu Ende bringen.

Um Klarheit zu schaffen, eine eindeutige Aufgabenteilung zwischen Oberbürgermeister und Beigeordneten herzustellen und um die Aufgaben breiter zu verteilen, werde ich alle meine Aufsichtsratsvorsitze, die ich Kraft des Amtes als Oberbürgermeister inne habe, an die Beigeordneten delegieren. Das betrifft die Pro Potsdam, die EWP und die SWP.

Gleichzeitig werde ich mich als Oberbürgermeister auf die Funktion des Gesellschaftervertreters konzentrieren. Ich werde zu diesem Zweck den Bereich Beteiligungssteuerung vom GB 1 in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters verlagern.

Damit werden die zentrale Bedeutung und die Querschnittsaufgaben gestärkt, die dieser Bereich für die Landeshauptstadt Potsdam hat. Die Leitung des Bereichs wird in nächster Zeit neu besetzt.

Mich auf die Funktion des Gesellschaftsvertreters zu konzentrieren, heißt in diesem Zusammenhang auch, dass ich die Gesellschaftsfunktion der Pro Potsdam, die derzeit Herr Exner inne hat, wieder an mich ziehe.

Zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Pro Potsdam werde ich Herrn Klipp bestellen. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden der EWP und der SWP beabsichtige ich, ab 1. Januar 2012 Herrn Exner zu ernennen.

Wie Sie wissen, endet die Geschäftsführerfunktion von Herrn Exner bei der SWP mit dem 31.12.2011. Wir beabsichtigen nicht, diese zu verlängern. Vielmehr beabsichtige ich, den Leiter der Beteiligungssteuerung mit dieser Funktion zu betrauen.

Herr Exner wird seinen Aufsichtsratsvorsitz beim Sanierungsträger und beim Entwicklungsträger abgeben, um sich zu entlasten. Frau Müller-Preinesberger bleibt Aufsichtsratsvorsitzende des Klinikums und der STEP. Frau Magdowski wird weiter die Aufsichtsfunktionen beim Hans-Otto-Theater und beim Nikolaisaal wahrnehmen. In den Zuständigkeitsbereich von Frau Magdowski fällt dann in Zukunft auch der neu zu bildende Aufsichtsrat der Luftschiffhafen GmbH.

Wie Sie sehen können, werden damit die Aufsichtsratsfunktionen gemäß der Zuständigkeiten der Beigeordneten verteilt. Dies entspricht einer logischen Aufgabenteilung im „Konzern Stadt“.

Ich als Oberbürgermeister nehme als Gesellschaftervertreter weiterhin die Eigentümerfunktion wahr und kann Ihnen gegenüber, wenn Sie das wünschen, Auskunft zu wesentlichen Fragen erteilen. Das entspricht auch am ehesten meinem Amt.

Bereits zu Beginn der Diskussion über die Zukunft der städtischen Beteiligungen und des Sponsorings um die EWP habe ich deutlich gemacht, dass ich nicht an Funktionen hänge. Vielmehr geht es darum, eine Struktur zu schaffen, die 1. für alle verständlich und nachvollziehbar ist, die 2. die Aufgaben klar verteilt und Verantwortlichkeiten zuweist und die 3. gegen den Vorwurf der Kungelei oder der Intransparenz erhaben ist. So habe ich auch die Aufgabe der Transparenzkommission immer verstanden.

Die oben erläuterten Entscheidungen können Sie jedoch nicht beschließen, Sie können mir auch nicht von einer Kommission verordnet werden. Ich kann Sie nur selbst als Oberbürgermeister treffen.

Das habe ich getan und wollte Ihnen dies mitteilen. Ich hoffe, dass wir damit einen Schritt weiter sind.“

In der sich anschließenden Diskussion verweist Herr Dr. Wegewitz auf eine möglicherweise naheliegende Interessenkollision, wenn der Leiter des Beteiligungsmanagements mit der Geschäftsführerfunktion bei der SWP betraut werde und bittet bis zum Jahresende zu prüfen, ob dies ausgeschlossen werden kann.

Frau Dr. Schröter fragt, ob auch Änderungen bezüglich des Aufsichtsrates der Verkehrsbetriebe geplant seien. Dies verneint der Oberbürgermeister – Herr Exner werde den Vorsitz im Aufsichtsrat behalten.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob er es richtig verstehe, dass die Besetzung der Geschäftsführerfunktion der Stadtwerke mit einem Vertreter der EWP und einem Vertreter der Landeshauptstadt Potsdam, sprich dem Leiter des Beteiligungsmanagements, ein Vorschlag sei, den es zu diskutieren gelte, bejaht der Oberbürgermeister.

Frau Bankwitz merkt an, dass es „schön“ sei, eine neue Strukturierung und Ordnung vorzunehmen und dies vor allem schneller als gedacht. Trotzdem bitte

sie, die Erklärung des Oberbürgermeisters der Transparenzkommission zur Verfügung zu stellen, was durch den Oberbürgermeister zugesagt wird.

Herr Schubert führt aus, dass sich mit dieser Erklärung eine neue Situation ergeben habe, so dass noch darzustellen bleibe, welche städtischen Vertreter die Vorauswahl für die Neubesetzung des Geschäftsführerpostens in der Energie- und Wasser GmbH treffen werden.

Der Oberbürgermeister verweist auf den Tagesordnungspunkt 7.2 - **Verfahren zur Besetzung der Geschäftsführer SWP und EWP-** zu dem er einen Vorschlag zum künftigen Verfahren unterbreiten sollte.

Dazu sei ein Stellenprofil entwickelt worden, was den Fraktionen zur Kenntnis gegeben werde, so dass diese bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses eventuelle Hinweise dazu geben können. Der Aufsichtsrat der EWP habe in seiner letzten Sitzung über die externe Beauftragung zur Durchführung des Besetzungsverfahrens entschieden. Die ausgewählte Personalberatungsgesellschaft solle entsprechende Vorschläge unterbreiten. Gleichzeitig habe der Aufsichtsrat ein Auswahlgremium eingesetzt, das den Prozess begleiten und der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat eine Empfehlung zur Besetzung der Geschäftsführerfunktion unterbreiten werde. Dem Auswahlgremium gehören Herr Dubberstein, Herr Paasch, der Oberbürgermeister sowie Herr Kutzmutz und Herr Lehmann an.

Er verweist darauf, dass auch weiterhin daran festgehalten werde, zwei Geschäftsführer der EWP einzusetzen – einen für den kaufmännischen und einen für den technischen Bereich. Die Kandidaten sollen auch im Hauptausschuss angehört werden, so dass die Entscheidung der Gesellschafterversammlung unter Einbeziehung der Ergebnisse des Hauptausschusses getroffen werde.

Auf den Hinweis von Herrn Schubert, dass der Oberbürgermeister dann nicht mehr Mitglied im Aufsichtsrat sei und seine Nachfrage, ob damit eine Neubesetzung nötig sei, entgegnet der Oberbürgermeister, dass der Aufsichtsrat überlegen müsse, wer als 3. Vertreter in dem Auswahlgremium mitarbeiten werde – eine grundsätzliche Neubesetzung aber nicht nötig sei. Die Mitglieder im Aufsichtsrat der EWP zu bestimmen obliege der SVV nach Vorschlag der Fraktionen.

Herr Schüler betont, dass schon bei der Ausschreibung „richtige Kriterien“ berücksichtigt werden sollten und verweist auf einen entsprechenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in dem auch Kompetenzen bezüglich des Klimaschutzes gefordert werden sowie auf zwei Briefe des Klimabeirates. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass auch das als Anforderungsprofil formuliert worden sei, heute aber nicht zur Diskussion stehe, sondern evtl. Änderungsvorschläge nach Beratung in den Fraktionen bis zur nächsten Hauptausschusssitzung vorgelegt werden können.

Frau Dr. Schröter merkt an, dass sich durch den Wechsel in den Aufsichtsratsbesetzungen bis zum Jahresende auch ein „Schnitt“ in der Beteiligung bei der Auswahl der Kandidaten ergebe und fragt, ob der Oberbürgermeister damit rechne, die Auswahl bis dahin abgeschlossen zu haben. Er gehe davon aus, so der Oberbürgermeister, dass man „zumindest einen Schritt weitergekommen“ sei.

Bezug nehmend auf die vorgesehenen Wechsel schlägt Herr Schubert vor, zeitnah zum 01.01.2012 auch mit einem neu besetzten Aufsichtsrat zu beginnen. Er wolle mit einem entsprechenden Antrag auf die Fraktionen zugehen, um das Verfahren zu beschleunigen. Der Oberbürgermeister verweist auf die sich dazu

im Geschäftsgang befindenden Anträge und empfiehlt, auch die geänderte Situation der Fraktionen nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes in der Beschlussfassung zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang fragt Herr Heuer nach der angekündigten zweiten Sondersitzung des Hauptausschusses und den dazu noch nicht erledigten Anträgen. Der Oberbürgermeister betont, dass die zweite Sondersitzung des Hauptausschusses geplant wurde, um mit dem Bericht der Anwaltskanzlei Frings fortzusetzen. Nach einem Telefonat mit der Kanzlei wird das abschließende Gutachten jedoch nicht vor Anfang Januar 2012 vorliegen. Dafür gebe es verschiedene Ursachen, wie eine notwendige Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft auf Grund der schwierigen Rechtslage. Dieser Termin sei für Ende November/Anfang Dezember geplant. Außerdem solle Herr Paffhausen und weitere Zeugen angehört werden.

Insofern mache eine zweite Sondersitzung zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn. Die Behandlung nicht erledigter Anträge der Tagesordnung der ersten Sondersitzung, so Herr Schröder, sei übereinstimmend für eine reguläre Hauptausschusssitzung verabredet worden.

Im Weiteren fragt Herr Schröder nach, ob es richtig sei, dass der Oberbürgermeister Herrn Schubert um eine Mitarbeit im Auswahlgremium gebeten, dieser aber abgelehnt habe. Darauf, so der Oberbürgermeister, werde er nicht antworten, da es sich um Informationen handle, die die Entscheidungsfindung einer Aufsichtsratsitzung betreffe. Daraufhin betont Herr Schröder, dass hier zwei Stadtverordnete mitwirken, die bereits in der Diskussion um die EWP beschädigt worden seien und er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass daran weiter gearbeitet werde. Er halte das zumindest für bedenklich.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, die beiden Anträge auf Erweiterung des Aufsichtsrates und den auf Neubesetzung im Zusammenhang zu sehen und zu diskutieren. Dem stimmt der Oberbürgermeister zu – es seien bereits durch den GB1 Modelle geprüft worden, wie das aussehen könne.

Frau Dr. Müller merkt an, dass die Anträge bezüglich der Aufsichtsratsbesetzungen mit der Maßgabe zurückgestellt worden seien, das Votum der Transparenzkommission abzuwarten. Mit dem Votum des Oberbürgermeisters ergeben sich nun erste Konsequenzen, so dass sich die Frage ergebe, wie sich das in die Systematik einordnen solle. Werde man nun die Entscheidungen der Transparenzkommission abwarten oder nicht – gelten die getroffenen Verabredungen noch oder nicht mehr?

Er, so der Oberbürgermeister, habe seine Entscheidungen getroffen, weil er den Zeitpunkt für richtig gehalten habe. Was die Anträge der Fraktionen anbelangt, so müsse sie die Fraktionen fragen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Bericht des Bereiches Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs erläutert den Bericht der Wirtschaftsförderung an Hand visueller Darstellung, der der Niederschrift im RIS als Anlage beigefügt wird. Er verweist auf die dazu ausgereichten Flyer und geht im Weiteren auf den

Entwicklungsstandort Potsdam ein, auf die Arbeitsschwerpunkte der Wirtschaftsförderung und die Vorhaben der nächsten Jahre. Anschließend beantwortet er die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, so von Frau Dr. Schröter, worin die Hilfe der Wirtschaftsförderung zum Verkehrswertgutachten Medienstadt bestand, von Herrn Dr. Scharfenberg, wie viel für Zinssubventionierungen ausgegeben wurde und welche Einflussmöglichkeiten die Wirtschaftsförderung auf Grundstücksveräußerungen habe sowie von Herrn Schröder zum Standpunkt der Wirtschaftsförderung zur Tourismusabgabe. Die nicht beantworteten Nachfragen zum Stand der Verwertung des SAGO-Geländes und des zu erwartenden wirtschaftlichen Ergebnisses bezüglich des Solarparks in Marquardt sowie die konkreten Zahlen bezüglich der Zinssubventionierungen werden nachgereicht.

zu 4.2 Sachstandsbericht bezüglich der russisch-orthodoxen Kirche

vierwöchige Berichterstattung

Herr Klipp führt hierzu aus, dass es keinen neuen Sachstand gebe, auch keinen diesbezüglichen Bauantrag.

Herr Dr. Scharfenberg erwidert, dass er über diese Berichterstattung erstaunt sei, denn es gebe einen Wettbewerb der Fachhochschule dessen Ergebnisse den Fraktionen übermittelt worden seien und auf die man zurückgreifen könne. Dass sich jede Seite „jetzt einbuddle“, könne nicht die Lösung des Anliegens sein.

Der Oberbürgermeister betont, dass nicht die Stadt, sondern die russisch-orthodoxe Gemeinde Bauherrin sei; somit könne die Stadt nicht agieren. Außerdem fehle nach seiner Kenntnis auch die „Letztpositionierung der Kirchenhierarchie“.

neu Beschlussvorlage zum Schwimmbad

Herr Exner führt dazu aus, dass der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung bezüglich einer Vorab-Behandlung dieser Vorlage in den Fachausschüssen angefragt worden sei – dies haben auch die Fraktionen zur Kenntnis erhalten. Entgegen dieses Zeitplans werde diese Vorlage nun aber fristgerecht für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember eingereicht. Das begründe sich in der Abgabe der letzten Gebote der beiden Bieter und notwendigen Bietergesprächen. Außerdem gebe es die unterschiedlichen Gutachten bezüglich der Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg, zu denen man auch mehr Klarheit brauche. Deshalb werde die Vorlage am 22. November fertiggestellt und für die Beratung in der Stadtverordnetenversammlung an den Vorsitzenden übergeben.

Der Oberbürgermeister ergänzt diese Ausführungen und merkt an, dass eine definitive Beschlussfassung am 07.12.2011 wohl alle überfordern würde und er diese im Januar 2012 für realistisch halte. Am 9./10. Dezember werde es eine Veranstaltung geben, wo die Ergebnisse präsentiert und die Bürgerinitiativen eingeladen werden, um ihre Auffassungen darzustellen. Er spricht sich dafür aus, alle Fakten auf den Tisch zu legen und dann zu bewerten.

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass der Kostenvergleich schon für August zugesagt worden und bei dem jetzigen Vorgehen eine öffentliche Diskussion alternativlos sei. Er fragt nach, ob die Bürgerinitiative Brauhausberg die beiden Gutachten erhalten werde, um die sie sich seit geraumer Zeit bemühen und es dabei bleibe, dass den Fraktionen diese zur internen Auswertung ebenfalls zur Verfügung gestellt werde.

Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus, dass sich die Gutachter untereinander vorab austauschen. Der Bürgerinitiative werden die Ergebnisse im Vorfeld der Veranstaltung am 09./10. Dezember 2011 zur Verfügung gestellt.

zu 5 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg erinnert an die Zusage in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, die rechtliche Stellungnahme zur **Straßenreinigungssatzung 2012** den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Dies sollte unbedingt vor der nächsten Sitzung des Ausschusses Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung erfolgen, also zu den Fraktionssitzungen am kommenden Montag.

Frau Müller-Preinesberger sagt dies zu.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die Diskussion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE – das **Tierheim** betreffend mit dem Ziel, den Tierschutzverein zu unterstützen und diesem die Möglichkeit eines Grundstückserwerbs einzuräumen. Er meine, der jetzige Diskussionsstand führe genau zum Gegenteil und fragt, ob das so ist und wenn ja, wie man dahin komme, dass der Tierschutzverein ein Grundstück erwerben könne.

Herr Heuer merkt dazu an, dass es keine diesbezügliche Beschlussfassung gebe, einen Bewerber zu bevorzugen, was im Übrigen rechtlich auch gar nicht gehe.

Daran anschließend betont der Oberbürgermeister, dass diese Zielstellung der Fraktion DIE LINKE nicht umsetzbar sei, in dieser Art ein Grundstück zu verkaufen. Er verweist auf die EU-Richtlinie, dass alle Grundstücke generell auszuschreiben seien und schlägt vor, diese Problematik zu klären, wenn die aus der Stadtverordnetenversammlung zurück überwiesene Vorlage im Hauptausschuss behandelt werde.

Bezug nehmend auf die aktuellen **Steuerschätzungen des Landes Brandenburg** fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob seitens der Kämmerei der Haushalt der Stadt neu „durchgerechnet“ worden sei. Herr Exner verneint dies und führt aus, dass er dazu überarbeitete Orientierungsdaten des Landes brauche, die aber nicht vorliegen.

Ebenso verweist der Oberbürgermeister darauf, dass die Haushaltsdaten auf den Schlüsselzuweisungen des Landes beruhen; da diese aber nicht erhöht worden seien, könne auch der städtische Haushalt nicht angepasst werden.

Herr Schröder weist darauf hin, dass nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Neubesetzung des Hauptausschusses auch **ein neuer Stellvertreter gewählt** werden müsse. Der Oberbürgermeister bedankt sich für diesen Hinweis und sagt die Aufnahme in die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter wann mit der angekündigten **Beschlussvorlage bezüglich der Lindenstraße 54** zu rechnen sei, entgegnet der Oberbürgermeister, dass diese in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07. Dezember 2011 eingebracht werde.

Im Weiteren nimmt Frau Bankwitz Bezug auf die Pressemitteilung bezüglich des Wunsches des **Dekans der juristischen Fakultät**, das dort vorhandene **know how**

mehr für städtische Entscheidungen zu **nutzen**. Dieses Angebot finde sie prüfenswert, ob zumindest in einigen Fällen die Stadt dabei günstiger wegkomme.

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass er sich über diesen Presseartikel sehr geärgert und dem Dekan ein entsprechendes Schreiben geschickt habe. Dieser wiederum habe sich für die Einlassung und Darstellung in der Presse entschuldigt. Außerdem, so der Oberbürgermeister, sei es nicht so, dass die Stadt nicht auf die wissenschaftlichen Einrichtungen zurückgreife – es seien auch schon von der Uni Potsdam Expertisen eingeholt worden. Was seiner Meinung nach aber nicht gehe sei, Rechtsgutachten von Hochschulen einzuholen, um Geld zu sparen. Herr Erdmann merkt an, dass bezüglich der Mitarbeit in der Transparenzkommission zwei Wissenschaftler angefragt worden seien, die beide abgesagt hätten.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, bezüglich des sich erneut in der Diskussion befindenden Parkeintritts schnell das Gespräch mit dem Generaldirektor zu suchen und auch einen Vertreter der Landesregierung dazu einzuladen. Er finde es nicht gut, dass dieses Thema über die Presse „laufe“.

Dem, so der Oberbürgermeister, komme die Stadt gern nach und werde Herrn Prof. Dorgerloh, Frau Kunst und Herrn Markov gern dazu einladen.